

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr**

### **Radfahrerverkehr und Radwegebau im Bodenseekreis**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern wurden in den Jahren 2007 bis 2009 von der Polizei registriert?
2. Wie viele Radfahrer wurden in den Jahren 2007 bis 2009 verletzt oder getötet?
3. Gibt es Erkenntnisse zu den Unfallursachen und was sind die Hauptunfallursachen?
4. Gibt es Unfallschwerpunkte und wenn ja, wo?
5. Plant sie konkrete Maßnahmen, um die Unfallhäufigkeit mit Beteiligung von Radfahrern zu reduzieren?
6. Plant sie den Radwegeausbau im Bodenseekreis zu beschleunigen?
7. Plant sie die Fördermaßnahmen für den kommunalen Radwegebau zu verbessern?

31. 08. 2010

Dr. Wetzel FDP/DVP

## Begründung

Der Bodenseeradweg gehört zu den meist befahrenen Radwegen in Europa. Immer wieder wird berichtet, dass es zu Unfällen von Radfahrern kommt, die teilweise auch verletzt werden. Da nicht absehbar ist, dass sich die Anzahl der Radfahrer am Bodenseeradweg und im Bodenseekreis reduziert, ist daher zu prüfen, welche Maßnahmen möglich sind, um diese Situation zu verbessern.

## Antwort

Mit Schreiben vom 19. September 2010 Nr. 7–3800.0–01/204 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

*Ich frage die Landesregierung:*

1. *Wie viele Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern wurden in den Jahren 2007 bis 2009 von der Polizei registriert?*
2. *Wie viele Radfahrer wurden in den Jahren 2007 bis 2009 verletzt oder getötet?*

In den Jahren 2007 bis 2009 wurden im Bodenseekreis von der Polizei insgesamt 941 Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern registriert. Dabei wurden 863 Radfahrer verletzt und fünf getötet.

Verkehrsunfälle	2007: 321	2008: 300	2009: 320
Anteil an allen Verkehrsunfällen (in %)	2007: 13,0	2008: 12,4	2009: 13,2
leicht Verletzte	2007: 218	2008: 208	2009: 206
schwer Verletzte	2007: 74	2008: 65	2009: 92
Getötete	2007: 4	2008: 0	2009: 1

3. *Gibt es Erkenntnisse zu den Unfallursachen und was sind die Hauptunfallursachen?*

Ausgewertet wurden die Verkehrsunfälle der Jahre 2007 bis 2009, an denen Radfahrer beteiligt waren, unabhängig davon, wer von den Beteiligten die Unfallursache gesetzt hat. Danach ergibt sich entsprechend der Häufigkeit folgende Rangfolge:

1. Nichtbeachten der Vorfahrt
2. Fehler beim Abbiegen
3. Benutzung der falschen Fahrbahn
4. Nicht angepasste Geschwindigkeit
5. Fehler beim Einfahren in den fließenden Verkehr
6. Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot
7. Alkoholeinfluss

Bei den vom beteiligten Radfahrer verursachten Verkehrsunfällen ergibt sich folgende Rangfolge:

1. Benutzung der falschen Fahrbahn
2. Nicht angepasste Geschwindigkeit
3. Nichtbeachten der Vorfahrt
4. Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot
5. Alkoholeinfluss
6. Fehler beim Abbiegen
7. Fehler beim Überholen

*4. Gibt es Unfallschwerpunkte und wenn ja, wo?*

Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Fahrradfahrern ereignen sich verteilt auf den gesamten Bodenseekreis. Ein erhöhtes Unfallaufkommen ist in den beiden Großen Kreisstädten festzustellen.

Friedrichshafen	2007: 154	2008: 156	2009: 131
Überlingen	2007: 27	2008: 25	2009: 21

Besondere Unfallschwerpunkte sind jedoch weder in den beiden vorbezeichneten Stadtgebieten noch an sonstigen Stellen bzw. Streckenabschnitten erkennbar.

*5. Plant sie konkrete Maßnahmen, um die Unfallhäufigkeit mit Beteiligung von Radfahrern zu reduzieren?*

Die Städte Friedrichshafen und Überlingen haben jeweils eine(n) Arbeitsgruppe/-kreis Radverkehr eingerichtet, denen neben den Straßenverkehrs-/baubehörden, der Polizeidirektion und dem ADFC, auch eine Vielzahl anderer mitwirkender Personen aus dem behördlichen oder außerbehördlichen Bereich angehören. In diesen Gremien werden Verkehrsbelange im Zusammenhang mit dem Radverkehr thematisiert, diskutiert und Lösungsansätze wie z. B. Einrichtung einer Radfahrstraße diskutiert bzw. erarbeitet.

Im Rahmen der im Bodenseekreis jährlich stattfindenden Unfallstellenbesprechung bei der Polizeidirektion Friedrichshafen werden auch die Unfälle mit Zweiradfahrern (Radfahrer, Mofa, Kleinkraft-, Leichtkraft- und Krafträder) analysiert. Nach gemeinsamer Analyse werden durch die zuständigen Stellen zur Beseitigung erkannter Schwachstellen oder zur Verbesserung der Verkehrssituation verkehrsbehördliche Maßnahmen angeordnet oder/und bauliche Maßnahmen in die Wege geleitet.

Ungeachtet dessen werden die Straßenverkehrsbehörden beim Auftreten von Unfallschwerpunkten von der Polizeidirektion Friedrichshafen mittels einer sog. Unfallhäufungsmeldung jeweils aktuell informiert, damit eine schnelle Reaktion der zuständigen Stellen erfolgen kann. Verantwortliche der Stadt Friedrichshafen besichtigen darüber hinaus alle drei bis vier Wochen Örtlichkeiten, zu welchen Beschwerden, Anregungen und Anfragen eingegangen sind. Dabei geht es auch um Hinweise zum Radverkehr.

*6. Plant sie den Radwegeausbau im Bodenseekreis zu beschleunigen?*

Der Bodenseekreis hat im Jahr 2008 in Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung des Landes und den Gemeinden die dritte Radwegnetzkonzeption für Radwege an klassifizierten Straßen im Bodenseekreis erarbeitet und Prioritäten beim Ausbaubedarf festgelegt. Die Bedeutung einzelner Maßnahmen wurde dabei anhand des Radfahreraufkommens, des Kfz-Verkehrsaufkommens sowie der Funktion im Netz (z. B. Schulwegverbindung) festgelegt. Inwieweit die Kommunen hierzu eine Förderung der Vorhaben anstreben, bleibt abzuwarten.

Das Land wird auch künftig im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Radwege entlang von Bundes- und Landesstraßen realisieren. Hierzu zählt auch die Förderung von kommunalen Straßenprojekten, die Radwege beinhalten.

Bereits nach der bestehenden Richtlinie des Wirtschaftsministeriums über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung öffentlicher Tourismusinfrastruktureinrichtungen (Tourismusinfrastrukturprogramm) können kommunale Radwege, die überwiegend touristisch genutzt werden, mit einem Fördersatz von bis zu 25 % gefördert werden. Derzeit wird diese Förderrichtlinie überarbeitet und soll – nach der noch erforderlichen Ministerratsbefassung – erstmals für das Förderjahr 2012 (Ausschreibung Frühjahr 2011) zur Anwendung kommen. Darin ist eine Verbesserung der Förderbedingungen für Landesradfernwege dahingehend geplant, dass bauliche Investitionen künftig mit bis zu 50 % gefördert werden können. Bei den sonstigen überwiegend touristisch genutzten Radwegen bleibt es bei einem Fördersatz von bis zu 25 %. Darüber hinaus können investive Vorhaben zur begleitenden Radinfrastruktur (z. B. Beschilderungen), soweit diese an Radfernwegen oder bei wichtigen touristischen Zielen liegen, ebenfalls gefördert werden. Für solche Vorhaben ist auch die sonstige Bagatellgrenze von 50.000 € auf 25.000 € abgesenkt. Diese Möglichkeiten gelten jeweils für die nach dem Kurortegesetz Baden-Württemberg prädikatisierten Heilbäder, Kurorte und Erholungsorte. Bei Kooperationsmaßnahmen reicht die Beteiligung einer prädikatisierten Kommune aus. Nicht prädikatisierte Kommunen können bei überwiegend touristisch genutzten Vorhaben jeweils nur einen Fördersatz von bis zu 15 % erhalten.

Das Radwegeangebot wird auch durch Flurneuordnungen erhöht, da grundsätzlich alle Feld- und Waldwege nicht nur von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen sondern auch von Radfahrern benutzt werden können.

*7. Plant sie die Fördermaßnahmen für den kommunalen Radwegebau zu verbessern?*

Die Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode den Entwurf eines Gesetzes über die Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in den Landtag einbringen (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – LGVFG). Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, künftig auch „verkehrswichtige Radwege“ abseits von förderfähigen Straßen fördern zu können. Durch das geplante LGVFG mit diesem neuen Fördertatbestand wird sich eine verbesserte Möglichkeit der Förderung des kommunalen Radwegebaus ergeben.

Zu der Verbesserung der Fördermöglichkeiten für überwiegend touristisch genutzte kommunale Radwege im Bereich der Tourismusinfrastrukturförderung wird auf die Antwort zu Ziffer 6. verwiesen.

Gönner

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr